

Wofür konkret will sich Ihre Partei in Brüssel einsetzen, um die regionale Wirtschaft voranzubringen?

CDU

Wir haben bei unserer Politik die Kosten für die Industrie, die Auswirkungen auf Arbeitsplätze und den Umweltschutz im Blick.

Ein Beispiel ist die Energieeinsparverpflichtung: Anstatt der von Linken, Sozialdemokraten und Grünen geforderten überambitionierten 40% bis 2030 haben wir maßvolle 32,5% durchgesetzt. Das gibt den Regionen mehr Flexibilität und senkt die Kosten. Auch haben wir die Schließung des Chemiestandorts Lüsseldorf durch eine Änderung der EU-Quecksilberverordnung verhindert.

SPD

Regionale Wirtschaft wird häufig durch kleine und mittlere Unternehmen vorangebracht. Daher setzt sich die SPD für eine spezielle Förderung dieser Unternehmen durch die EU-Fonds und für eine entsprechende Ausstattung der selbigen ein, damit alle Regionen gefördert werden können. Entsprechend sollen 60% der Mittel aus dem Fond für Regionale Entwicklung für die Innovationsförderung in kleinen und mittleren Unternehmen aufgewendet werden.

DIE GRÜNEN

Die EU-Regionalpolitik muss sehr unterschiedlichen Regionen gleichermaßen gerecht werden. Wir sehen drei Prioritäten:

1. stärkere Ausrichtung auf die Förderung produktiver Potenziale.
2. Unterstützung für die Ertüchtigung v.a. von KMU im Bereich der Digitalisierung mit qualitativ gut ausgestatteten Digital Innovation Hubs als ein wichtiger europäischer Beitrag.
3. Verschränkung der digitalen mit der Ökoeffizienz-Revolution, insb. Unterstützung bei der Entwicklung von Kreislaufwirtschaftsstrukturen.

DIE LINKE

Die Planungen für den EU-Haushalt sehen vor, die Ausgaben für regionale Förderung um etwa ein Fünftel zu kürzen – zugunsten von Aufrüstung und Grenzschutz. Das wollen wir verhindern, damit auch künftig die Gelder für die regionale Entwicklung zur Verfügung stehen. Wir wollen auch die Leitlinie der Europäischen Zentralbank verändern und neben dem Inflationsziel ein Beschäftigungsziel verankern. Unser Beschäftigungsziel ist Vollbeschäftigung. Auch dies wird die regionale Wirtschaft voran bringen.

AfD

Die AfD sieht den Zweck der EU primär darin, den Rahmen gemeinschaftlichen, europäischen Wirtschaftens zu gestalten und für faire Wettbewerbsbedingungen zu sorgen. Wir fordern deshalb das Auslaufen der Kohäsionsfonds und die Verminderung der EU-Haushalte in gleichem Maße. Strukturverbesserungen und Reformen müssen in nationaler Hoheit der Mitgliedsländer durchgeführt werden. Weiter fordern wir, für alle Ausgaben und Subventionen turnusmäßig eine Kosten-Nutzen-Analyse durchzuführen.

FDP

Wachstum in den Regionen kommt vor allem durch Innovationen. Wir wollen daher bei den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds eine Gewichtsverlagerung zugunsten des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), der sich auch stärker auf die strukturellen Ursachen von Wachstumsschwächen konzentrieren soll. Den Erfüllungsaufwand wollen wir gerade für KMU so klein wie möglich halten. Die Strukturfonds sollen generell dort genutzt werden, wo sie den höchsten Mehrwert erbringen können.

Welche konkreten regulatorischen Hindernisse der EU will Ihre Partei zum Wohl

CDU

Wir wollen den EU-Binnenmarkt weiter festigen und regulatorische Hindernisse abbauen. Deshalb fordern wir:

- ein verbessertes Onlinekaufrecht und die Beseitigung von Handelshemmnissen für Dienstleister,
- den Ausbau des Dualen Systems der Berufsausbildung für ganz Europa, um die Jugendarbeitslosigkeit in der EU zu senken.
- jede neue EU-Verordnung/Richtlinie vorab auf Mittelstandsverträglichkeit zu prüfen,
- bei jedem neuen EU-Gesetz in gleichem Maße zu deregulieren („one in – one out“).

DIE GRÜNEN

Bei der Politik des „Better Regulation“ halten wir schematische Vorgaben für falsch. Besser ist ein erfahrungsbasierter Ansatz, wie ihn die EU-Kommission teils durch ihre „Refit-Programme“ verfolgt. Vorstellbar wäre eine Prüfung insbesondere von Regeln, die sich als Hemmnisse für wichtige Innovationen erweisen. Dies ist aber nicht mit einer Strategie des Standard-Dumping zu verwechseln. Es gibt Bereiche, etwa beim Thema Cybersicherheit, in denen sich der Verzicht auf Regulierung als innovationshemmend zu erweisen droht.

AfD

Die AfD fordert die Reduzierung des bürokratischen Aufwands und eine entsprechende Überprüfung der EU-Vergaberichtlinie, der EU-Dienstleistungsrichtlinie, der Kreditvergabe-Richtlinie, der Ökodesign-Richtlinie und der Dokumentationspflichten gerade für Kleinunternehmer. Nationale und regionale Qualitätsstandards und Herkunftsangaben sind zu schützen. Dazu zählen Marken wie „Made in Germany“ und auch Ausbildungsstandards.

der regionalen Wirtschaft verändern/abschaffen?

SPD

Die Verordnung, die die EU-Fördermittel von 2021 bis 2027 regelt, verhandeln wir im Europäischen Parlament zurzeit. In diesem Rahmen setzen wir uns für weitgehende Vereinfachungen und Bürokratieabbau für die EU-Fonds ein. Durch Kostenpauschalen, die Abschaffung doppelter Rechnungskontrolle und vereinfachte Antragsstellung wird Bürokratie abgebaut. Eine Änderung dieser bürokratischen Praxis dient der regionalen Wirtschaft.

DIE LINKE

DIE LINKE will regionale Wirtschaftskreisläufe stärken und die Bevölkerung vor Ort stärker in Entscheidungen einbeziehen. Dafür müssen die Regeln für die Vergabe öffentlicher Aufträge und Wirtschaftsförderung verändert werden: Regional, im Bund und in der EU. Wir wollen regionale, tragfähige, innovative und nachhaltige Strukturen aufbauen. Wir stellen soziale und ökologische Kriterien in den Vordergrund. Davon profitieren die Menschen vor Ort, die Umwelt – und die regionale Wirtschaft.

FDP

Wir setzen uns auf EU-Ebene für eine „One in, two out“-Regelung ein, die bei jeder neuen Regelung dafür sorgt, dass in doppeltem Umfang Belastungen abgebaut werden. Denn seit 2015 entstand aus der 1:1-Umsetzung von Europarecht eine zusätzliche – bislang unberücksichtigte – Belastung von 435 Millionen Euro für die Wirtschaft. Zudem ist es wichtig, dass Europäisches Recht nicht mit zusätzlichen nationalen Maßnahmen, wie zum Beispiel bei der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) verkompliziert wird.

Wirtschaft-, Währungs- oder Finanzpolitik: Wo sieht Ihre Partei Handlungsbedarf für eine Neujustierung der Kompetenzen zwischen nationaler und EU-Ebene?

CDU

Ein stabiler Euro und solide Haushalte sind Voraussetzungen für Wohlstand in Europa. Die EU kann dabei helfen, die Finanz- und Wirtschaftsprobleme in einigen Mitgliedstaaten zu überwinden. Allerdings müssen sich alle EU-Mitglieder an die vereinbarten Stabilitätsregeln halten. Die Vergemeinschaftung von Schulden lehnen wir strikt ab! Wir arbeiten weiter dafür, dass die Europäische Union eine Stabilitätsunion und keine Schulden- und Umverteilungsunion wird.

DIE GRÜNEN

Wir wollen einen Haushalt für den Euro schaffen, der stabilisiert und Gemeingüter für die ökologische und soziale Modernisierung finanziert, die besser europäisch realisiert werden können, wie Klimaschutz und Mobilität. Der Haushalt für den Euro und der EU-Haushalt könnten sich künftig neben nationalen Beiträgen auch über gemeinsame Steuern, wie eine Digitalkonzernsteuer, finanzieren. Die europäische Demokratie wollen wir stärken, damit keine Weichenstellung des Euro ohne das Europäische Parlament getroffen wird.

AfD

Eigene EU-Steuern lehnen wir ab. Die Transferunion muss aufgekündigt, alle Maßnahmen der EZB zur Manipulation des freien Kapitalmarkts eingestellt, die vertraglichen Verbote der Staatsfinanzierung durch die EZB durchgesetzt und die Vergemeinschaftung der Schulden beendet werden. Die EZB muss sich auf reine Geldpolitik beschränken. Es darf keine Umwandlung des ESM in einen europäischen Währungsfonds stattfinden und die „Rettungs“-Programme über EFSF und ESM müssen sukzessiv beendet werden.

SPD

Die SPD unterstützt die Fortentwicklung der Kapitalmarkt- und Bankenunion. Die Regelungen zur Stabilisierung der Finanzmärkte und zum Konsumentenschutz werden ständig weiterentwickelt. Die Bankenunion werden wir weiter vertiefen. Den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) werden wir zu einem Europäischen Währungsfonds (EWF) weiterentwickeln und rechtlich verankern. Zudem fordern wir die Schaffung eines Europäischen Stabilisierungsfonds für Arbeitslosigkeit und wollen diesen schnell umsetzen.

DIE LINKE

Gute Wirtschaftspolitik muss einen Rahmen für alle Wirtschaftsakteure abstecken. Wir wollen EU-weite Mindeststandards, beispielsweise für Mindestlöhne, Arbeitszeitregelungen, Mitbestimmung von Beschäftigten in Betrieben. Auch bei der Bekämpfung von Steuerbetrug und –vermeidung muss die EU endlich mehr Verantwortung übernehmen. Es ist ein Skandal: Im Verhältnis zu ihren Gewinnen zahlen Apple, Google, Amazon und Co weniger Steuern als viele kleine und mittlere Unternehmen.

FDP

Wir wollen, dass es bei übermäßigen Staatsschulden eines Mitgliedstaates künftig automatische Sanktionen gibt (Maastricht 2.0). Zudem fordern wir einen Insolvenzmechanismus für Staaten: Private Gläubiger sollen künftig an Stabilisierungslasten beteiligt werden, bevor öffentliche Hilfen an hilfsbedürftige Euro-Staaten gezahlt werden. Wir unterstützen zudem die Kapitalmarktunion, um Europa als Investitionsstandort attraktiver zu machen und KMU zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten zu eröffnen.